Aus der Woche.

Das wichtigste deutsche Ereigniß der Woche hat sich außerhalb der Grenzen des Reiches abgespielt. Mit der Genehmigung eines slowenischen Gymnasiums in Cilli durch das österreichische Abgeordnetenhaus ist eine neue slawische Hochburg in deutsches Land vorgeschoben, bestimmt und geeignet, der deutschen Nationalität weiteren Abbruch zu thun. Es war weder Uebertreibung noch Demonstrationssucht, was die Deutschösterreicher bestimmte, die Frage des Gymnasiums zu Cilli in den Angelpunct der inneren Politik zu stellen, denn die Thatsache, daß die Regierung in Oesterreich den slawischen Eroberungen zusieht, konnte nicht klarer hervortreten, als durch die Unterstützung der Forderung nach einer slowenischen Gelehrtenschule, die nicht Slowenen bilden, sondern Slowenen machen soll. Sodann lehrt die Erfahrung, daß mit einer einzigen solchen Lehranstalt sehr viel für die Entdeutschung gethan werden kann, die Angelegenheit an sich also keineswegs eine untergeordnete gewesen ist. Es ist dies keine für das Deutschthum in Oesterreich schmeichelhafte, aber eine wichtige Beobachtung, die den Deutschen im Reiche zur ernsten Mahnung dienen sollte, nichts für klein zu achten, was das Slaventhum zum Zwecke seiner Verbreitung unternimmt, die fremde Nationalität, die heute in deutschen Gegenden mächtig ist, wo sie noch vor fünfundzwanzig Jahren kaum aufgetreten war. Wer sich dessen erinnert, wird selbst die Nachricht, daß die Tschechen eine wendische Bewegung im deutschen Reiche hervorzurufen beabsichtigen, ernst nehmen. Gewiß kann das Wendenthum für sich allein niemals gefährlich werden, aber für die Polen ist es von hohem moralischen Werth, wenn sie auf nationale Aspirationen außerhalb der von ihnen bewohnten Provinzen hinweisen können. Den Bundesgenossen, der in Oesterreich das Deutschthum in Bedrängniß gebracht hat, haben sie am Ultramontanismus auch bei uns, die Bachem und Fuchs weichen keinem Kaltenegger.

In Deutschland, besonders in der Reichshauptstadt, war es der Fall Hammerstein, der das Publicum beschäftigte. Unter den zahllosen Preßstimmen, die über den endlichen Sturz des begabten und energischen Politikers laut wurden, waren diejenigen im Recht, die Herrn v. Hammerstein die Verkörperung eines Systems nannten, und diejenigen sehr im Irrthum, die feststellen zu dürfen glaubten, daß mit dem Mann auch das System gefallen sei. So weit ist es noch lange nicht. Die deutsch-conservative Partei — vielleicht täuschen sich außerpreußische Titularführer darüber — wird ganz und gar von dem preußischen Kleinadel beherrscht und in diesem wiederum hat die „Kreuzzeitungs"-Politik die Oberhand, die sie schon oft gehabt hat, ehe noch ein Hammerstein aufgetreten war. So mancher von Denen, die mit und unter Hammerstein die Politik der Partei machten, unterscheiden sich von diesem nur dadurch, daß sie weniger klug als er und arrangirt sind. Die Ueberzeugung, daß die Existenzberechtigung Preußens darauf beruht, daß es dem ostelbischen Adel Vortheile gewähren kann, ist viel zu lebendig in den Leitern der Partei, als daß der Verlust eines ihrer Träger viel zu bedeuten haben könnte. Nur mit dieser eigenartigen Auffassung der Politik ist übrigens zu erklären, daß viele und hervorragende Angehörige jener Gesellschaftsgruppe Herrn v. Hammerstein gern an seinem Platze gelassen hätten, wenn es gegangen wäre. Es ist eine „Herrenmoral", der das nicht unzulässig erschien. Wie die entgegengesetzte Entscheidung herbeigeführt wurde, ist noch keineswegs klar. Wenn vor Wochen und jetzt wieder gesagt wurde, sie sei in Holtenau zerfallen, so braucht man dabei nicht an eine Einwirkung von höchster Stelle zu denken. Die „Kleine Presse" mag in allen Einzelheiten richtig über Herrn v. Hammersteins geschäftliche Eigenthümlichkeiten berichtet haben, vollständig war ihr Register aber nicht. Es sind noch andere Dinge vorgekommen, und in Holtenau war auch ein nicht in Berlin wohnendes und wohl auch nicht in regelmäßiger Berührung mit der Parteileitung stehendes, stark mitgenommenes Opfer anwesend, das trotz seiner Zugehörigkeit zur Aristokratie eine andere als die Herrenmoral empfohlen haben mag. Um übrigens gerecht zu sein: wenn Conservative Herrn v. Hammerstein nach wie vor gerne an der Spitze der „Kreuzzeitung" gesehen hätten, so standen sie damit nicht allein. Ein süddeutsches Blatt schreibt über den Eindruck, den die Katastrophe hervorgebracht hat: „Der große Napoleon gab, als ihn Jemand fragte, was die Welt wohl sagen würde, wenn er einmal vom Schauplatz abträte, trocken zur Antwort: „On dira Ouf!" So geht es auch heute. Man sagt allenhalben: „Uff!" Das ist bezeichnend für den Einfluß, den dieser Mann ausübte, oder sagen wir besser für den Terrorismus." Diese Schilderung ist nur zum Theil zutreffend. Wie es Zeitungen giebt, die der Terrorismus des Herrn v. Hammerstein nicht genirte, weil der Bielwissende nichts Compromittirendes von ihnen wissen konnte, und die höchstens aus politischen und in der letzten Zeit aus Anstandsgründen das Verbleiben des Herrn v. Hammerstein in seinem journalistischen Amte bedauerten, so giebt es doch auch in Berlin eine stattliche Zahl von Organen von sehr defecter Reputation, denen nichts Angenehmeres hätte widerfahren können, als wenn an der Spitze der gefürchteten Zeitung ein Mann geblieben wäre, mit dessen Blößen man die eigenen, von ihr aufgedeckten hätte bedecken können.

Die Leitung des Bundes der Landwirthe hat durch Verschweigen einer erheblichen Thatsache die Oeffentlichkeit über den Charakter der vom Fürsten Bismarck dem Bunde zugewiesenen Spende getäuscht, um die Person des Allverehrten zu Reclamezwecken zu mißbrauchen. Der Bund würde der Landwirthschaft besser dienen, wenn er, statt die Person des Altreichskanzlers in unwürdiger Weise zu Reclamezwecken zu mißbrauchen, sich ins Gedächtniß zurückriefe, was der Fürst im März 1893 als seine Ansicht über die Wege, welche diese Berufsvereinigung einzuschlagen habe, in den „Hamb. Nachr." hat bekannt geben lassen. Es heißt dort: „Der Bund der Landwirthe hat sich der Zustimmung des früheren Reichskanzlers zu erfreuen; nur ist der Fürst der Ansicht, daß, wenn Landwirthe ihre Sache mit Erfolg vertreten wollen, sie ihre Interessen von denen der politischen Fractionen trennen müssen und weder landwirthschaftlich und conservativ noch landwirthschaftlich und liberal als gleichbedeutend ansehen dürfen. Es ist Thatsache, daß die süddeutschen und rheinischen Landwirthe keine Neigung haben, sich dem norddeutschen Conservativismus zuzuwenden."

Deutsches Reich.

□ **Berlin**, 13. Juli. Der socialdemokratische Arbeiter-Sängerbund veranstaltet zum 21. d. M. in Schloß Weißensee ein großes Sänger- resp. Volksfest, um seine Casse zu füllen. Die socialdemokratischen Kellner sind der Ansicht, daß die „Genossen" vom Sängerbund es nur darauf abgesehen haben, die zu erwartenden Gäste zu plündern; sie veröffentlichen deshalb im „Gastwirthsgehilfen" folgende Bekanntmachung: „Achtung, Gastwirthsgehilfen Berlins! Laut Inserat der letzten Sonntagsnummer des „Vorwärts" werden unter der Ueberschrift Arbeiter-Sängerbund tüchtige cautionsfähige Buffetiers für das Fest des Arbeiter-Sängerbundes gesucht und zwar durch einen Herrn Wollkopf. Nach eingezogenen Erkundigungen ist der Preis pro Tonne Bier auf 65 ℳ festgesetzt. Jedem Fachmann muß bekannt sein, daß auf reellem Wege diese Summe nicht zu erzielen ist, sondern daß die als Gäste zu erwartenden Arbeiter betrogen werden müssen, wenn die Buffetiers auf ihre Unkosten kommen wollen. Außer diesem horrenden Preis von 65 ℳ pro Tonne sind nachfolgende Bedingungen festgesetzt: Bierhähne und Wanne haben sich die Buffetiers mitzubringen, Zapfer auf eigene Kosten zu stellen und eine Caution von 65 ℳ zu hinterlegen. Wir erwarten von allen organisirten Gastwirthsgehilfen, daß sie unter solchen Bedingungen kein Buffet auf besagtem Festplatz annehmen und sich zu derartigen Manipulationen nicht verleiten lassen, um nicht Betrüger der eigenen Parteigenossen zu werden. Die Agitationscommission der Gastwirthsgehilfen."

* **Berlin**, 13. Juli. Ein anschauliches Bild von der polnischen Praxis gegenüber den Deutschen entwirft eine Schneidemühler Correspondenz der „Tägl. Rundsch." Es heißt darin: Unser Nachbarstädtchen Usch hat noch nicht 2000 Einwohner, von denen die Mehrheit Polen sind, denen eine erhebliche deutsche Minderheit gegenübersteht. Bürgermeister ist Herr Dalski, ein fanatischer Pole. Schon seit Jahren wurde mit dessen Wohlwollen eine kräftige Agitation von den Polen betrieben, die sich hauptsächlich auf dem Gebiete des gewerblichen Erwerbslebens geltend machte, indem überall deutschen Gewerbetreibenden polnischer Wettbewerb bereitet wurde. Seitdem es einige Deutsche gewagt haben, sich unter Führung des Pastors Friedland und des Lehrers Pose dem Verein zur Förderung des Deutschthums anzuschließen, leben sie unter einer vollständigen Tyrannei. Der Lehrer Pose wurde vom Bürgermeister während der Schulstunden und in Gegenwart der Schüler in der Schulstube beleidigt, so daß Dalski mit 100 ℳ Geldstrafe belegt wurde. Tagt der genannte Verein, so läßt ihn der Bürgermeister polizeilich streng überwachen und vor dem Local seine Polizeiorgane auf- und abgehen, um etwaige Besucher abzuschrecken. Dem Lehrer Pose hat der evangelische Schulvorstand ein Stück Gartenland zur Benutzung überlassen, auf welchem Pose hochstämmige Rosen u. s. w. angepflanzt hatte. Plötzlich läßt Herr Dalski, der als Bürgermeister auch Vorsitzender im evangelischen Schulvorstande ist, die Rosen und sonstigen Anpflanzungen ausreißen und auf die Straße werfen, indem er dem Pose das Stück Land entzieht. Abends, wenn Pose ausgeht, läßt er ihn überwachen und sich Bericht erstatten, ob er nüchtern nach Hause kommt. Als neulich etwa 50 evangelische Hausväter eine Versammlung abhielten, um über diese Drangsalirungen Beschluß zu fassen, überwachte natürlich Herr Dalski mit seinem Polizisten die Versammlung, und als Jemand bemerkte, der Polizist stände nur der Polizeiverwaltung nicht aber dem Vorsitzenden des evangelischen Schulvorstandes zur Verfügung, dürfte also nicht dazu verwendet werden, dem Pose den Garten zu verwüsten, da löste Herr Dalski die Versammlung auf. Natürlich stehen die katholischen Deutschen, Herr Probst Remkewitz und sein Bruder, auf Seiten des Herrn Dalski, ebenso der Arzt und der Apotheker, denen der Herr viel schaden kann, und so dürfte, wenn nichts geschieht, die Zeit nicht fern sein, wo die paar Deutschen in Usch, die sich als solche fühlen und bekennen, vollständig unterdrückt und mundtodt gemacht werden. Man sollte es nicht glauben, daß in einer altpreußischen Provinz Deutsche, weil sie sich als solche bekennen, von ihrer Behörde drangsalirt und tyrannisirt werden; aber es ist so, wie beschämend dieses Eingeständniß auch ist.

= **Berlin**, 13. Juli. (Telegramm.) Die „Nationalztg." erfährt, daß der Unterstaatssecretair im Reichsamte des Innern, Dr. v. **Rottenburg**, wegen andauernder Krankheit seine Entlassung nachgesucht und erhalten habe. Dr. v. Rottenburg wurde am 2. Februar 1891 zum Unterstaatssecretair im Reichsamt des Innern ernannt. Vor seiner Ernennung war er vortragender Rath in der Reichskanzlei.

B. **Berlin**, 13. Juli. (Privattelegramm.) Wie die „Volks-Zeitung" hört, sind die Verhandlungen wegen des **Lehrerdotationsgesetzes** zwischen Cultus- und Finanzminister wieder aufgenommen. Der Cultusminister hoffe, ein solches Gesetz in der nächsten Session im Landtag einbringen zu können.

B. **Berlin**, 13. Juli. (Privattelegramm.) Die „Köln. Ztg." hat den grotesken Einfall bekommen, sich als Lehrerin des guten Tones aufzuspielen und der mittelparteilichen Presse einzuschärfen, wie sie sich dem **jetzigen Reichstagspräsidium** gegenüber zu verhalten habe. Sie schreibt nämlich:

In einem erfreulicherweise nur kleinen Theile der deutschen, insbesondere der Berliner Presse, wird seit Kurzem versucht, die großartigen Eindrücke, welche die Kieler Canalfeier allen Theilnehmern hinterlassen hat, durch kleinliche persönliche Quengeleien zu verwischen, insbesondere giebt man sich reichliche Mühe, sich an den Personen des augenblicklichen Reichstagspräsidiums zu reiben und sie anzurempeln. Wir bedauern dieses kleinliche und eines Gentlemans wenig würdige Benehmen aufrichtig. Wenn die Abgeordneten mit den Tischreden der Präsidenten auf der „Columbia" nicht einverstanden waren, so mußten sie ihnen das gleich sagen. Jetzt nachträglich die Herren in der Presse mit mehr oder weniger boshaften Angriffen zu überfallen, erscheint uns weder schicklich noch ritterlich.

Hierzu bemerkt die „Nat.-Ztg.": „Wir weisen diese abgeschmackte Schulmeisterei zurück. Die „Post", welche am 11. Juli die erste Mittheilung von den Vorgängen auf der „Columbia" brachte — nur um diese hat es sich gehandelt und nicht darum, ob Herr von Buol sich bisher stets als „gerecht und billig erwiesen" hat — erklärte ausdrücklich, daß sie diese Mittheilung über die unzulänglichen repräsentativen Fähigkeiten des jetzigen Reichstagspräsidiums bringe, erst provocirt durch einen Artikel der klerikalen „Köln. Volksztg.", welche mit spitzen Bemerkungen gegen die Mittelparteien die bei Festlichkeiten vom Centrum gespielte „Führerrolle" in den Himmel hob. Bis dahin hatte man schonend geschwiegen, und so war es nicht nur in der Ordnung, wenn wir der Bestätigung dieser Mittheilung seitens eines Augenzeugen Raum gaben. Hätte die „Köln. Ztg." sich diesen Zusammenhang klar gemacht — sie braucht nur die Kölnische klerikale Presse etwas aufmerksam zu verfolgen, dann wäre sie davor bewahrt geblieben, in so trauriger Weise dem Klerikalismus zu Hilfe zu kommen."

B. **Berlin**, 13. Juli. (Privattelegramm.) Aus Tegernsee geht der „Nat.-Ztg." folgender Brief des Herrn Oberbürgermeisters Dr. **Baumbach** zu:

Die Redaction der „Nationalzeitung" wolle folgende Berichtigung einer Darstellung entgegennehmen, die sie unlängst bezüglich meiner Theilnahme an der Fahrt von Hamburg nach Brunsbüttel zur Eröffnung des Nordostseecanals gebracht hat: Es ist nicht wahr, daß ich absichtlich in den Fürstenzug eingestiegen und, daß ich vor dem Einsteigen zu irgend Jemandem geäußert, ich sei als „regierender Bürgermeister" befugt, diesen Zug zu benutzen. Es ist ebenfalls nicht wahr, daß ich in dem Zuge noch als „regierender Bürgermeister" bezeichnet und eingeführt hätte, und es ist endlich auch nicht wahr, daß ich von irgend Jemandem auf den Unterschied zwischen einem „regierenden" Bürgermeister und einem „Oberbürgermeister" aufmerksam gemacht worden wäre. Der Sachverhalt war vielmehr folgender: Ich stieg irriger Weise mit einigen Herren — Vertretern kaufmännischer Corporationen — in den ersten Zug ein, der nach Brunsbüttel abgehen sollte. Unser Irrthum war völlig entschuldbar, denn uns war ein bestimmter Zug nicht vorgeschrieben, und der fragliche Zug war als ein reservirter nicht bezeichnet. In dem betreffenden Wagen wurden mir jedoch verständigt, daß der Zug nur für Fürstlichkeiten und deren Gefolge bestimmt sei. Meine Begleiter begaben sich sofort nach einem leeren Coupé desselben Zuges, in dem sie unbeanstandet die Fahrt mitmachten. Mir wurde dagegen von einem Herrn des Gefolges gesagt, ich könne dableiben, der Zug sei auch für die regierenden Bürgermeister bestimmt. Ich selbst habe dann auf den Unterschied zwischen einem „regierenden Bürgermeister" und einem „Oberbürgermeister" aufmerksam gemacht, und nunmehr wurde auch mir gegenüber die frühere Erklärung wiederholt, und ich verließ den Zug, in den ich lediglich aus Unkenntniß seiner Bestimmung hineingerathen war. Die Redaction der „National-Zeitung" ersuche ich auf Grund des Preßgesetzes um Aufnahme dieser Erklärung, die dadurch verspätet ist, daß ich mich zur Zeit auf einer Erholungsreise befinde. Ergebenst Dr. Baumbach, Oberbürgermeister.

B. **Berlin**, 13. Juli. (Privattelegramm.) Es ist nicht unmöglich, daß Berlin auf der Deutschen Colonial-Ausstellung einen **Sultan der Marschall-Inseln** kennen lernen wird. Der dortige Sultan hat dem Wunsche Ausdruck gegeben, auf der Ausstellung die Industrien seiner Stämme selbst vorzuführen. Der Ausschuß der Deutschen Colonial-Ausstellung ist in Unterhandlungen mit dem hohen Herrn getreten, die hoffentlich zu diesem interessanten Besuche führen werden.

— Im **Bundesrath** ist kurz vor seiner am Donnerstag erfolgten Vertagung eine Verständigung darüber erfolgt, wie seine verfassungsmäßige Beschlußfassung über den Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuches vorbereitet werden soll. Die „Köln. Ztg." berichtet des Weiteren darüber:

Die Vorberathung soll darnach der Justizausschuß übernehmen, in dem zur Zeit Vertreter von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen und Lübeck sitzen. Der Justizausschuß soll zu diesem Zwecke schon Anfang October zusammentreten. Durch Vertheilung der Berichterstattung über die einzelnen Bücher des Entwurfs unter die einzelnen Mitglieder des Ausschusses wie auch durch andere Maßnahmen hofft man die Arbeiten so zu vereinfachen und zu fördern, daß die Berathung des Gesetzbuches mit Ende des Jahres bei allseitigem Entgegenkommen abgeschlossen werden könnte. Im Januar bleibt dann noch das Einführungsgesetz zu erledigen, welches in der Gesetzbuchcommission noch vor Weihnachten festgestellt werden soll. Sobald das Einführungsgesetz durchberathen ist, wird das Plenum des Bundesraths sich schlüssig zu machen haben. Das wird voraussichtlich nicht viel Zeit in Anspruch nehmen, da es sich im letzten Stadium dieser Berathungen hauptsächlich um Abstimmungen in Bausch und Bogen handeln dürfte. Bei der Vorlegung im Reichstag soll dem Gesetzbuch eine Denkschrift beigegeben werden, welche die Grundzüge des Entwurfs erläutert. Von der Beigebung einer erschöpfenden, in die Einzelheiten eingehenden Begründung wird nach dem Vorgange anderer großer Codificationen abgesehen werden.

* **Rendsburg**, 13. Juli. (Telegramm.) Gestern stieß im Kaiser-Wilhelm-Canal der französische Dampfer „Emile" mit einem Segelschiffe zusammen; letzteres sank sofort. Der Dampfer konnte seine Weiterfahrt nach Kiel fortsetzen. Die Schifffahrt im Canal wurde nicht wesentlich beeinträchtigt.

* **Danzig**, 12. Juli. Auch hier fand im Anschluß an den Proceß Mellage eine Revision der Irrenanstalt statt. Durch die Regierungscommissare Regierungs- und Medicinalrath Dr. Bornträger und Regierungsassessor Fleischauer wurde die Irrenanstalt von ½10 Uhr Vormittags bis ½5 Uhr Nachmittags einer sehr gründlichen Revision unterzogen. Ausstellungen wurden, der „Danz. Ztg." zufolge, nicht gemacht, nur wurde die Ueberfüllung der Anstalt bemängelt.

* **Aus Westpreußen**, 12. Juli. Aus Pelplin, dem Sitz des Bischofs von Kulm, wird dem „Graud. Geselig." geschrieben: Schon seit einigen Jahren sind die Führer der westpreußischen Polen bemüht, in ihre Agitation für den polnischen Religionsunterricht den Bischof Dr. Redner hineinzuziehen. Die Petition des polnischen Abgeordneten v. Czarlinski, zu welcher man 40 000 Unterschriften polnischer Familienväter aus dem Bisthum Kulm gesammelt hatte, hat der Bischof auf die Bitte der Petenten allerdings dem Unterrichtsminister vorgelegt, dieser hat aber die Bittsteller abschlägig beschieden. Daß die Kenntnisse in der Religion bei der polnischen Schuljugend durchaus gut sind, hat der Bischof bei seinen diesjährigen Firmungsreisen wiederholt zu erklären Gelegenheit genommen; die polnischen Kinder haben sich sogar im Religionsunterricht in der deutschen Sprache fließend und verständlich ausgedrückt.

* **Bochum**, 12. Juli. Ein neuer schwerer Schlag trifft jetzt wieder viele Bergleute des rheinisch-westfälischen Kohlenbezirks. Es bestand hier mehrere Jahre der Consumverein „Glück auf", dem etwa 3000 Bergleute der verschiedensten Reviere angehörten und der an vielen Plätzen, zuletzt 18 Filialen hatte. Dieser Verein, der von nicht kaufmännisch gebildeten Socialdemokraten geleitet wurde, ist in Concurs gerathen. Der Verband deutscher Berg- und Hüttenarbeiter hatte dem Consumverein den größten Theil seiner Baarmittel, 16 000 ℳ, als Betriebscapital überlassen, die nun verloren sind. Außerdem ist aber noch ein Fehlbetrag von 18 000 ℳ zu decken. Die haftenden Mitglieder werden nun von der Concursverwaltung zur Deckung dieser namhaften Summe herangezogen werden. Wahrscheinlich wird die Hälfte der Genossenschafter nicht zahlen bezw. zahlen können. (Frkf. Ztg.)

* **Arolsen**, 13. Juli. (Telegramm.) Nach der amtlichen Feststellung des Wahlergebnisses der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Waldeck-Pyrmont erhielten Müller (Antis. u. Bund der Landw.) 3448, Dr. Böttcher (natl.) 2498, Schücking (freis. Vereinig.) 1778 und Garbe (Socialist) 702 Stimmen; zersplittert sind 36 Stimmen. Die Stichwahl zwischen Dr. Böttcher und Müller findet am 22. Juli statt.

* **Mainz**, 11. Juli. Die Stadtverordneten beschlossen gestern die Errichtung eines städtischen Arbeitsvermittlungsamts. Dagegen stimmten nur die Socialdemokraten, weil der sogenannte „Ausstandsparagraph" verworfen wurde. Dieser verlangte, daß das Arbeitsamt in Fällen eines ausbrechenden Ausstandes zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern seine Thätigkeit für den betreffenden Betrieb so lange einstelle, bis darüber das Einigungsamt des Gewerbegerichts entschieden habe.

* **Mannheim**, 12. Juli. Die hiesigen Demokraten und Freisinnigen hatten in einer Zeitungscorrespondenz einen Fühler ausgestreckt, wie die Socialdemokraten zu dem Plane des Abschlusses eines Compromisses zwischen Linksliberalen und Socialdemokraten bei den bevorstehenden Landtagswahlen sich stellen würden. Die Demokraten und Freisinnigen, welche bei den Wahlen im Jahre 1893 gar keinen Wahlmann und bei den Wahlen im Jahre 1891 nur 13 von den 400 zur Wahl stehenden Wahlmännern durchbrachten, hofften auf diese Weise einen Abgeordnetensitz in der badischen Kammer zu erhalten. Sie hatten aber die Rechnung ohne den Wirth gemacht. In nicht mißzuverstehender Weise läßt nämlich die socialdemokratische Parteileitung durch die „Volksstimme" erklären, daß an ein Compromiß mit den paar Freisinnigen und Demokraten nicht zu denken sei. Die socialdemokratische Partei schließe keine Compromisse. Ihre Parole laute: Entweder Dreesbach und Geiß, oder gar keinen.

* **Metz**, 12. Juli. Der „Fall Haas" ist in ein neues Stadium gelangt. Haas der Jüngere ist, der „Köln. Ztg." zufolge, jetzt thatsächlich in St. Cyr eingetreten. Damit ist unseres Erachtens die Frage, den „deutschen" Reichstagsabgeordneten Dr. Haas durch einen Act der Gesetzgebung seines Mandats für verlustig zu erklären, brennend geworden.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 12. Juli. Die altčechischen Abgeordneten aus Mähren suchten um die Bekanntgabe der Bedingungen für den Eintritt in den Jungtschechenclub an.

* **Wien**, 13. Juli. (Telegramm der „Voss. Ztg.") Die Antisemiten, die bereits anläßlich der bevorstehenden Wiener Gemeinderathswahlen einberufene Wählerversammlungen der Liberalen sprengten, versuchten auch gestern, eine Versammlung der fortschrittlichen Wähler der inneren Stadt zu vereiteln. Die Polizei besetzte die Eingänge zum Versammlungssaal, sowie die Zugänge von der Straße, um Ruhestörungen entgegenzutreten. Die Antisemiten versuchten wiederholt, in den Saal einzudringen, was aber jedesmal mißlang. Einige, die dennoch in den Saal gelangten, wurden, als sie zu lärmen begannen, hinausgeworfen. In der Versammlung sprachen die Führer der Liberalen, darunter mehrere Abgeordnete. Alle verlangten entschiedene Abwehr gegenüber den Antisemiten, damit die Herrschaft der Brutalität ein Ende finde. Als der letzte Redner sprach, theilte ihm der Vorsitzende mit, die Polizei wünsche, er möge bald schließen, damit sie für die Sicherheit der Anwesenden sorgen könne, da nach Schluß der Versammlung Ausschreitungen befürchtet würden. Der Vorsitzende ermahnte auch die Anwesenden, nur einen bestimmten Ausgang zu wählen, der polizeilich besetzt war. Als die Liberalen den Saal verließen, brachen die Antisemiten in stürmische Pfuirufe und Verwünschungen aus. Einzelne liberale Wühler, die sich schon früher entfernten, wurden mißhandelt. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Das hiesige Antisemitenblatt schildert den Hinauswurf der in der Versammlung eingedrungenen Antisemiten als ein Blutbad und kündigt Schritte der Antisemiten im Parlament an.

Frankreich.

* **Paris**, 13. Juli. (Telegramm der „Voss. Ztg.") Die französische und brasilianische Regierung kamen überein, bis zur Austragung der Besitzfrage das streitige Kunani-Gebiet (in Guyana) gemeinsam militairisch zu besetzen, um die Einnistung von Freibeutern zu verhindern. — „Memorial diplomatique" will wissen, für Ende August sei eine Begegnung Lord Salisbury's mit Hanotaux geplant, um über Colonialfragen zu einer Verständigung zu gelangen. — „Petite Républ." behauptet, auf Crispi's Verlangen sei hier der Italiener Santori verhaftet worden, der im Verdacht stehe, Cavallotti Schriftstücke für seine bekannten Angriffe auf Crispi geliefert zu haben. Der Vorwand sei eine Fälschung, deren Santori angeklagt werde. Die Socialisten wollen Santori's Auslieferung an Italien verhindern und haben ihm den Abgeordneten Millerand als Vertheidiger bestellt.

Italien.

* **Rom**, 13. Juli. (Telegramm.) Heute empfing Cardinal Ledochowski die Glückwünsche zu seinem 50jährigen Priesterjubiläum. Cardinal Mocenni überreichte ihm im Namen des Papstes einen prachtvollen Strauß aus Blumen aus den Gärten des Vaticans. Dem Jubilar sind zahlreiche Depeschen aus allen Gegenden und von den Missionsanstalten zugegangen. Morgen wird Cardinal Ledochowski in der Capelle des Collegiums der Propaganda eine Messe celebriren, der sämmtliche Schüler des Collegiums beiwohnen werden.

Großbritannien.

* **London**, 13. Juli. (Telegramm.) Bisher sind 51 Wahlresultate bekannt, darunter befinden sich 44 Unionisten, 4 Liberale und 3 Parnellisten. Alle sind gewählt, ohne daß Gegencandidaten aufgestellt waren.

Schweden.

* **Tullgarn**, 13. Juli. (Telegramm.) Der Kaiser traf gestern Abend kurz nach 8 Uhr im besten Wohlsein hier ein, worauf sofort Familientafel stattfand. Bis gestern Abend hatte sich das Wetter noch gehalten, heute früh fällt strömender Regen.

Dänemark.

* **Kopenhagen**, 13. Juli. (Telegramm.) Auch in Randers, Vejle, Fredericia und mehreren kleineren Städten haben jetzt die Maurer- und Zimmermeister die Aussperrung ihrer Arbeiter bewerkstelligt. Die Zahl der nicht beschäftigten Gesellen wird heute auf 2200 geschätzt.

Rußland.

* **Petersburg**, 13. Juli. (Telegramm.) Heute sind die Gesetze veröffentlicht worden, nach welchen bei der Beitreibung von Abgaben und Steuern aus den Arbeitslöhnen der Fabrikarbeiter bei jeder Lohnzahlung nicht mehr als ein Drittel des Lohnes von den unverheiratheten Arbeitern und nicht mehr als ein Viertel des Lohnes von den verheiratheten Arbeitern oder Wittwern mit Kindern abgezogen werden darf. — Ein weiteres Gesetz gestattet dem Finanzminister, nöthigen Falles eine plötzliche Revision der Bücher und Geschäftsführung der Bankanstalten und Wechselbuden vornehmen zu lassen. — Durch ein weiteres Gesetz werden die Bestimmungen bezüglich der Reform der Reichswehr auf das Zarthum Polen ausgedehnt; ferner wird durch dasselbe der Etat der Reichswehr der Infanterie des Warschauer Militairbezirkes festgesetzt.

* **Petersburg**, 13. Juli. (Telegramm.) Gestern fand eine Versammlung des „Slawischen Wohlthätigkeitsvereins" statt, zu welcher auch die bulgarische Deputation erschien. Der Vorsitzende Sabler, Gehülfe des Oberprocurreurs des heiligen Synod, begrüßte den Metropoliten Klement und die bulgarischen Gäste mit einer Rede, in welcher er unter Anderem sagte: „Ihr Blick drang in unsere Herzen, welche von derselben Liebe zu Ihnen erfüllt sind, wie früher. Ihre Ankunft in Rußland bezeugt das Erwachen des bulgarischen Volksgeistes und das Erkennen jener nationalen Idee, deren Entwickelung dem uns theuren bulgarischen Volke die Möglichkeit gewährt, den Platz einzunehmen, welcher ihm unter den anderen slawischen Völkern gebührt". Metropolit Klement dankte, indem er den Gefühlen der Liebe und Anerkennung des bulgarischen Volkes für seine Befreier Ausdruck gab. Ferner sprach noch der Präsident der bulgarischen Sobranje Todorow. Das Stadthaupt begrüßte die bulgarische Deputation im Namen der Stadt Petersburg.

Orient.

* **Belgrad**, 13. Juli. (Telegramm.) Der König empfing den Präsidenten der Skupschtina, Garaschanin, in längerer Audienz. Wie die „Frankf. Ztg." versichert, hat sich derselbe, vom Könige über das Finanzarrangement befragt, für die Annahme desselben ausgesprochen. (Wiederholt.)

* **Athen**, 13. Juli. (Telegramm.) In dem Duell zwischen dem Deputirten Oberst Vassiliadis und dem Kriegsminister Oberst Smolenitz wurden zwei Kugeln resultatlos gewechselt.

Vermischtes.

— **Berlin**, 13. Juli. Fast vollständig ausgeräumt wurde die Wohnung des Kaufmanns Krause in der Königsbergerstraße, der sich seit sechs Wochen in seiner in Rummelsburg belegenen Villa befindet. Die Diebe — es müssen deren mehrere gewesen sein — haben die Corridorthür erbrochen und alles nur einigermaßen Erreichbare gestohlen. Sie nahmen die gesammte Wäsche, Kleidungsstücke, Betten, Gold- und Silbersachen, Silbergeschirr, Cigarren an sich und ließen auch die Schlüssel der in der Wohnung vorgefundenen verschließbaren Behälter mit sich gehen. Die Einbrecher, von denen jede Spur fehlt, fühlten sich während der That so sicher, daß sie in den Weinkeller hinunterstiegen, eine Anzahl Flaschen Wein nach der Wohnung holten und dort austranken, bevor sie sich mit der Beute entfernten.

— **Eisenmoorbad Schmiedeberg** bei Wittenberg. Am Sonntag, den 21. Juli, findet hierselbst wieder der weit über die deutschen Grenzen hinaus bekannte große historische Margarethen-Festzug statt. Dies Volksfest behandelt eine Episode aus der Regierungszeit Friedrich's des Sanftmüthigen, jenes Kurfürsten, der durch den sächsischen Prinzenraub (Kunz v. Kauffungen) aus der Geschichte besonders bekannt ist. — Die von den Festtheilnehmern getragenen Costüme sind historisch treu denen des 15. Jahrhunderts.

— **Schmalkalden**, 13. Juli. Der Stadtthürmer ist in vergangener Nacht schlaftrunken vom Thurme der Stadtkirche abgestürzt und war sofort todt.

— **Fiume**, 13. Juli. (Telegramm.) Heute früh 6 Uhr 20 Minuten wurde hier ein Erdstoß mit heftigem Erdbeben verspürt.

— **Madrid**, 13. Juli. Ein Blitz schlug in eine Kirche zu Calasparra (Provinz Murcia). Die Kirche steht in hellen Flammen. Ein Kind ist getödtet, acht Personen sind verwundet. (Wiederholt.)